

# Frauenanteil könnte 2026 deutlich steigen

Weil die CDU ihren Widerstand aufgeben hat, besteht in der nächsten Legislaturperiode des Landtags erstmals einnahm die Chance auf eine Wahlrechtsreform. Damit könnte dem großen Männerüberhang entgegen gewirkt werden. Die Zustimmung zu einer Liste hat auch noch ganz andere Gründe.

**Von Brigitte Johanna Henkel-Waldhofer**

**Was spricht dafür, dass es in der neuen Legislaturperiode endlich zu einer Wahlrechtsreform kommt?**

Seit Jahrzehnten ringen Frauen um eine angemessene landespolitische Beteiligung. Wir sind gewohnt, uns mit Geduld zu wappern und nicht zu erzwingen, sagte Iosi Menzinger (CDU) 1976, als sie die Legislaturperiode als Alterspräsidentin eröffnete. Die Karlsruher Gemeinderätin, nach der vor einigen Jahren eine Brücke benannt wurde, hatte schon lange für mehr Rechte von Politikerinnen gekämpft.

## Auber AfD bekennen sich alle Parteien im Landtag zu Reform

Bis in die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode mochten aber vor allem CDU-Männer nicht einlenken. Jetzt öffnet sich die CDU ihren Reformwillen im Wahlprogramm. Das Landtagswahlrecht beabsichtigen wir im Dialog mit allen Fraktionen des Landtags im Sinne eines Zwei-Stimmen-Wahlrechts mit geschlossener Landesliste weiterzuentwickeln.

## Welche Vorteile hätte eine Liste?

Die SPD-Fraktion, in der viele Männer über Jahre auch nicht einen Vorkämpfer dafür waren, Mandate an Frauen abzugeben, hat den Nachteil der bestehenden Regelungen bitter erfahren. Mit ihrem fraktionsspezifischen Landtag, die rote Laterne an Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt abgeben. Noch gegen die Fraktion der CDU, SPD, FDP und bei der AfD. Denn 23 von 39 Frauen sind Grüne.

Über Jahre erhebt sich der Frauenanteil gerade in der CDU-Fraktion nur, weil Männer Karriere machen, in der Verwaltung, der Wirtschaft, als Oberbürgermeister oder im Bundesrat, und die Zweitkandidatinnen einziehen. Die wiederum wurden aber häufig für den nächsten Umzug nicht mehr aufgestellt, sondern die Basis zog einen Kandidaten vor. Gleich mehrere Frauen, darunter auch die frühere Sozialministerin Barbara Schölermann (CDU), kamen überhaupt nicht in den Landtag, weil die Erstkandidaten starben.



Landtagwahl 2021

kleinerer Regierungspartei, angesichts des Wahlrechts ohne Liste, nicht sicher sein, dass selbst Ministerinnen – Nicole Hofmeister-Kraus und Susanne Eisenmann – den Einzug in den Landtag schaffen. Dabei ist Eisenmann sogar CDU-Spitzenkandidatin.

## Wie sind die Reaktionen der Frauenverbände?

Der Landesfrauenrat, die Dachorganisation aller Frauenverbände im Land, hat eine Transparenzkampagne Wahl 2021 gestartet, um die Unterrepräsentanz von Frauen zu dokumentieren. Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, die Wahlrechtsreform in den ersten 100 Tagen umzusetzen, sagt die Vorsitzende Anja Reinhold. Und der Landesfrauenrat fordert, die Hälfte der Mandate, das heißt konkret, das Führungspositionen in den Ministerien der neuen Landesregierung paritätisch besetzt sein müssen.

**MEHR ZUM THEMA**  
Beiträge und Grafiken zur Landtagswahl finden Sie auch in unserem Buzzer unter: <https://www.staatsanzeiger.de/landtagwahl-2021>

## Keine Gebühren für Querulanten

Hessens ist im Bundesrat mit einem Antrag gescheitert, sinnlose Gerichtsverfahren per Missbrauchsgesetz einzuschränken. Das Land hatte vorgeschlagen, besonders die Sozialgerichte von aussichtslosen Klagen zu entlasten und sogenannten Vieklagen eine Sondergebühr von 30 Euro aufzuerlegen. Nach derzeitigen Recht sind Verfahren vor den Sozialgerichten für die Klägerinnen und Kläger gebührenfrei. Der Antrag verfehlte jedoch die nötige absolute Mehrheit von 25 Stimmen. (Baz) (Drucksache 12021, Beschluss)

## Stimmen zum Thema

Das Thema, das für die Landespoleitikon immer zentral war, hat in der Pandemie noch an Bedeutung gewonnen. Kein Wunder, weist doch Monika Stein, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, auf, besonders die Digitalisierung – das Thema

# Land hilft Kommunen bei Eingliederungshilfe

## Lucha: Kreise sollen sich an Zusatzkosten beteiligen

STUTTGART. Das Land beteiligt sich an den coronabedingten Mehraufwendungen bei Eingliederungshilfe und Sozialhilfe mit 14 Millionen Euro. Dies hat das Kabinett Anfang der Woche beschlossen. Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) betonte, dass diese Hilfe freiwillig sei. Das Geld geht an die Städte und Landkreise, die, so das Ministerium, die Zusatzkosten den Einrichtungen teilweise noch nicht vollständig vergütet haben. So sollen zusätzliche Kosten, die durch die Anschaffung von Schutzkleidung oder das Anmieten von zusätzlichen Räumen entstanden, gedeckt werden. Auch wenn wir als Land nicht für die Deckung der Kosten zuständig sind, wollen wir unseren Beitrag dazu leisten. Baden-Württemberg verfügt über eine sehr gute Infrastruktur in der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe und über eine hohe Qualität. Das gilt es für die Zukunft zu erhalten, sagte Lucha und ergänzte: Wir erwarten aber auch, dass man neuer Schwung in die Vergütungsverhandlungen vor Ort kommt und dass die zuständigen Kommunen über die freiwillige Landeshilfe hinaus ebenfalls ihren Teil zur Vergütung des coronabedingten Mehraufwands beitragen.

Die Einrichtungen, um die es geht, betreffen beispielsweise besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe wie etwa Tagesstätten und Fachberatungsstellen. (sta)



Steffen Jäger, Präsident des Gemeindefonds Baden-Württemberg

Obwohl die Steuereinnahmen einbrechen, wartet auf die neue Landesregierung formuliert. Die Bildung haben wir in den Mittelpunkt gesetzt und verlangen, gemeinsam mit der neuen Landesregierung (Kpunkte für eine Schulrätearbeit in 21 Jahren zu entwickeln. Es geht um ein Ganztagskonzept, kommunale Schulbetreuung, Schulärztliche, Schulfürsorge und die Auswirkungen der Digitalisierung. Weitere Schwerpunkte: kommunale Klimaschutz, Integration und Quartierentwicklung. Die neue Landesregierung muss die Rahmenbedingungen dafür so fassen, dass Städte und Gemeinden ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können.



Gudrun Heute-Blum, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Städte und Landkreise Baden-Württemberg

Der Städtetag hat 21 Forderungen an die künftige Landesregierung formuliert. Die Bildung haben wir in den Mittelpunkt gesetzt und verlangen, gemeinsam mit der neuen Landesregierung (Kpunkte für eine Schulrätearbeit in 21 Jahren zu entwickeln. Es geht um ein Ganztagskonzept, kommunale Schulbetreuung, Schulärztliche, Schulfürsorge und die Auswirkungen der Digitalisierung. Weitere Schwerpunkte: kommunale Klimaschutz, Integration und Quartierentwicklung. Die neue Landesregierung muss die Rahmenbedingungen dafür so fassen, dass Städte und Gemeinden ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können.



Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der Städte und Landkreise Baden-Württemberg

Neben Corona sind die Digitalisierung, der demografische Wandel und die Dekarbonisierung die zentralen Herausforderungen. Aus Sicht der Landesliste sollte das Land die Digitalisierung von Verwaltung und Schulen vorantreiben, ein Landesmodellkonzept entwickeln, die schulische Inklusion konsequent umsetzen, ein ein-stimmiges Landespleggeld zur Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege einführen, durch mehr Arbeitsplätze das Tarifniveau schützen, genug Finanzmittel für Breitband, Krankenhäuser und Klimaschutz bereitstellen – und nicht zuletzt die corona-bedingten Mehrbelastungen der Kommunen fair ausgleichen.



Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz

Im Natur- und Umweltschutz sind der Verlust an Biodiversität und die Klimakrise die größten Herausforderungen. Für Wünsche haben wir keine Zeit mehr, die Politik muss jetzt handeln. Die Ziele der neuen Landesregierung müssen sein: Klimaschutz spür- und messbar vorantreiben und den Verlust der biologischen Vielfalt stoppen. Dazu braucht das Land unter anderem den naturfreundlichen Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verkehrswende mit weniger Pkw und mehr ÖPNV, die Beschneidung des Flächenverkaufs, den Ausbau der Ökonomie und die Stärkung des Naturschutzes mit konkreten Maßnahmen. (sta)



Ursel Wolfram, Landesvorsitzende des Paritätischen Bundes Baden-Württemberg

Corona zeigt einmal mehr die Systemrelevanz sozialer Arbeit. Es sind die Mitarbeitenden in den sozialen Einrichtungen und Diensten, die alles tun, um die Betroffenen aufzufangen und ihnen die Hilfe und Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um selbstbestimmt leben zu können. Sie halten die sozialen Hilfenetze im Land am Laufen und tragen gemeinsam mit dem Ehrenamt wesentlich zur Bewältigung der Krise und vor allem zur Gesellschaft bei. Jetzt ist es an der Politik, Konsequenzen zu ziehen. Bani und Applaus reichen dafür nicht aus. Soziale Berufe müssen endlich durch bessere Arbeitsbedingungen und Löhne aufgewertet werden.



Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Bauwirtschaft

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise rasch in den Griff zu bekommen, muss die neue Landesregierung wichtige Zukunftsinvestitionen vorantreiben. Hoher Bedarf besteht zum Beispiel im Verkehrsbau, der Sanierung öffentlicher Gebäude oder im Breitbandausbau. Das Land ist aufgerufen, die Kommunen bei diesen wichtigen Aufgaben zu unterstützen. Vordringlich ist zudem die Bekämpfung der Wohnungsnot. Dazu braucht es eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen im Wohnungsbau. Generell erwarten wir von der Politik Technologieoffenheit sowie die produktive Förderung aller Baufache und Bauweisen.

# Land empfiehlt Kreisen, Impfreserve vorzuhalten

## Astra-Zeneca kürzt Liefermenge um 17.000 Dosen

STUTTGART. Baden-Württemberg muss laut Sozialministerium mit weniger Impfstoff auskommen als erwartet. Insgesamt fehlen derzeit fast 17.000 Dosen. Astra-Zeneca hat den Bund Anfang der Woche kurzfristig darüber informiert, dass die Impfstofflieferungen in den kommenden Wochen zeitlich und in geringerer Menge ausfallen und mehrere Tage später bei den Ländern ankommen als bisher angekündigt, so eine Ministeriumssprecherin.

Die neue Diskussion ums Impfpensum in Tübingen konkretisiert, nachdem fast 1000 Impfpensum abgesagt werden mussten. Das Land habe die Lieferungen gekürzt, teilte das Landesamt mit. Eine Darstellung, dass das Sozialministerium widerspricht: Nicht das

## Land, sondern Astra-Zeneca habe die Lieferungen gekürzt.

Hintergrund ist der Streit um die richtige Impfstrategie: Einerseits wird Kommunen und Ländern vorgetragen, zu wenig zu impfen, andererseits wird die Gefahr von Engpässen immer größer, wenn immer weniger zurückgehalten wird.

Tübingen habe sich zudem Impfstoff in Beutlingen ausgereicht und muss den wieder zurückgeben. Um in der Zukunft mögliche Lieferengpässe zu kompensieren zu können, sagt die Sprecherin des Sozialministeriums, wird Baden-Württemberg ab jetzt den Impfpensum empfehlen, einen geringeren Anteil von Astra-Zeneca als Reserve für solche Notfälle vorzuhalten. (bhw)

## Aus dem Landtag

### Kretschmann bremst, Rühle fordert Tempo bei Öffnungen

Winfried Kretschmann (Grüne) hat am vergangenen Freitag den Landtag über die Ergebnisse der Konferenz von Bund und Ländern informiert. Hinter uns liegen lange Wochen des Lockdowns, vor uns liegt eine mögliche dritte Welle, und das führt uns ins Dilemma, sagte der Ministerpräsident. Stundentakt sei deshalb um einen Weg gegangen worden. Alle Menschen sehnten sich nach einem Ende des Lockdowns, aber: Wenn wir jetzt zu vorschnellig öffnen, gehen die Infektionszahlen durch die Decke. Aus seinem Respekt vor einzelnen Entscheidungen macht der Grüne kein Hehl, etwa, wenn er an die Bürger und Bürgerinnen appelliert, auf „Einkaufstourismus“ über die eigene Kreisgrenze hinweg

zu verzichten. Von vielen Seiten seien regionale Lockungen je nach Infektionszahlen gewünscht worden, jetzt würden wir auf die Verantwortung der Menschen setzen. Verhindern Sie einen Fickentrip mit der Gefahr des Einkaufstourismus zwischen den Kreisen.



Dieses Modehaus in Tübingen durfte am Montag wieder öffnen. Kunden von außerhalb mussten jedoch teilweise einen Corona-Schnittest machen. (sta)

knüpfen, wie dies seit Montag im Bundesrat praktiziert wird. FDP-Fraktionschef Hans Ulrich Rühle verlangte eine flächendeckende Öffnung des Einzelhandels. Verhindern Sie einen Fickentrip mit der Gefahr des Einkaufstourismus zwischen den Kreisen.

das führt zu mehr Kontakten. Noch immer orientiere sich die Landesregierung zu stark an einem Infektionswert, so Rühles Kritik. Seine Forderung: „Angenichts fortschreitender Impfung, Verfügbarkeit von Tests und FFP2-Masken können wir endlich zur Präventionsstrategie übergehen bei Einhaltung der Maßnahmen mit Abstand, Hygiene und Maske.“ Die meisten Infektionen werden sich nach wie vor erkennbar im privaten Bereich. Deshalb, so Rühle, sei es schlicht Unfug und nicht vermittelbar, einerseits private Kontakte zu lockern und andererseits den Handel geschlossen zu halten. (bhw)

**MEHR ZUM THEMA**  
Ausführliche Berichte finden Sie unter: <https://www.staatsanzeiger.de/staatsanzeigerdebatten-im-landtag>



Martin Kunzmann, Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Staat an öffentlichen Investitionen muss dringender aufgelöst werden, das heißt: Klima- und Umweltschutz vorantreiben, nachhaltige Mobilität fördern, Kliniken nachhaltig finanzieren, soziale Wohnungsbau massiv hochfahren und Bildungsmission chancengerecht gestalten. Ebenso erwartet der DGB, dass die Landesregierung gute Arbeit fördert und Entlohnungen schafft, die Beschäftigte sicher durch die Transformation führen. Nur tarifgebundene Betriebe dürfen Aufträge von Land oder Kommunen erhalten. Weiterbildung und Qualifizierung müssen stärker gefördert werden, denn Beschäftigte und Betriebsräte beteiligt werden.



Kai Rosenberger, Vorsitzender des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW)

Der BBW erwartet von der neuen Landesregierung, dass sie den Personalmarkt durch attraktive Jobangebote befreit, Tarifregime zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsmitarbeiter überträgt, endlich die Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich reduziert und Lernstellen schafft, die Beschäftigten in den Kitas, den Hochschulen und der Weiterbildung, die brauchen mehr Studienplätze, zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und eine Entlastung der Schulleitungs-Teams. Die Folgen von Corona werden noch viele Jahre zu spüren sein.



Monika Stein, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die GEM stellt sich dafür stark, dass die neue Landesregierung bis 2026 die Schuldenbremse aufhebt und deutlich mehr in Bildung investiert. Auch ohne Corona wäre der Alltag in den Klassenzimmern in den nächsten Jahren von Lehrkräftemangel, weiterhin mangelhafter digitaler Ausstattung und weiter zunehmender Bildungsungleichheit geprägt. Dies gilt auch für die Arbeitsbedingungen in den Kitas, den Hochschulen und der Weiterbildung, die brauchen mehr Studienplätze, zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und eine Entlastung der Schulleitungs-Teams. Die Folgen von Corona werden noch viele Jahre zu spüren sein.



Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft

Wir erwarten, dass die innere Sicherheit und die Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass wir die Sicherheit der Bürger so gut wie möglich gewährleisten können. Wir erwarten Rahmenbedingungen, die uns rechtlich, personell und sachlich dazu in die Lage versetzen. Wir brauchen mehr Personal, beste Technik, mehr finanzielle Mittel. Die Polizei ist gut, aber wir müssen besser werden. Wir können nur besser werden, wenn die Landesregierung das will und uns stärker macht. Wir erwarten Respekt, Anerkennung, faire Bezahlung und Zukunftsperspektiven für alle Polizeibeschäftigte. Wir bieten dazu einen fairen Dialog und unsere Fachkompetenz an.



Rainer Reichhold, Landeshandwerkspräsident von Baden-Württemberg

Das Handwerk erwartet von der neuen Regierung drei Dinge: Entlastung, Förderung und Wertschätzung. Ob bei der Suche nach Ausbildungsstellen und Fachkräften, der hohen Belastung durch Bürokratie oder der Transformation der Wirtschaft. Immer noch offen sind wir von der Gleichwertigkeit der beruflichen zur akademischen Bildung. Hier muss die neue Regierung liefern. Meister- und Meistergründungsprämie sind wichtige Schritte, reichen aber nicht aus. Zudem fordern wir, die erfolgreiche Zukunftsinvestive „Handwerk 2025“, die Betriebe bei den Themen Personal, Strategie und Digitalisierung unterstützt, weiterzuführen und auszubauen.



Wolfgang Grenke, Präsident des Industrie- und Handwerkskammertages Baden-Württemberg

Unsere Industrie, „Stärke Wirtschaft – starkes Land“ zeigen, dass gute Maßnahmen nicht immer viel kosten müssen, um echten Mehrwert für Unternehmen zu schaffen. Die Pandemie macht klar, wo wir zentraler aufhaken müssen. Wir brauchen jetzt echte Geschäftsperspektiven für schwer durch Corona geschädigte Branchen. Das Durchstarten gelingt dann mit klugen Weichenstellungen bei zentralen Projekten von A bis Z wie zentrale, bürokratiearme Angebote digitaler Verwaltung. Das sind die großen Aufgaben im Land. Schaffbar, wenn technologiefördernde, chancengerechte und ohne Scheuklappen angepackt wird.